



Drudel 11, Bühlstrasse 29, CH – 3012 Bern

Bundesamt für Sport
z.H. Markus Feller
Hauptstrasse 245-253
2532 Magglingen

Tobias Kamer, tobias.kamer@drudel11.ch, Tel. 076 421 96 98

Drudel 11
Verein für Erlebnis-
und Umweltpädagogik
Bühlstrasse 29
CH-3012 Bern

Tel. +41 (0)31 305 11 68
Fax +41 (0)31 305 11 78

info@drudel11.ch
www.drudel11.ch

Bern, 27. März 2012

**Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten;
Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrter Herr Feller

Drudel 11 – Verein für Erlebnispädagogik und Umweltbildung – setzt sich seit zehn Jahren für die Umweltbildung und das soziale Lernen von Kinder und Jugendlichen ein. Neben der Durchführung von eigenen Kursen für Kinder und Jugendliche bilden wir auch Fachkräfte für Erlebnispädagogik und Umweltbildung aus. In dieser Funktion sind wir ausserhalb unseres eigenen Weiterbildungsbereiches auch regelmässig für höhere Fachschulen in der sozialen Arbeit und für pädagogische Hochschulen in der Weiterbildung von Lehrkräften tätig.

Allgemeine Hinweise

Mit Interesse haben wir vom Bundesgesetz über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten Kenntnis genommen. Frühzeitige Kontakte mit dem Bundesamt für Sport liessen uns davon ausgehen, dass die von Drudel 11 durchgeführten Tätigkeiten, die keine Risikoaktivitäten im engeren Sinn darstellen, von der Gesetzgebung höchstens am Rande betroffen sind. Nach dem Studium des nun vorliegenden Verordnungsentwurfes und des zugehörigen Kommentars sind wir erstaunt und besorgt darüber, dass der Geltungsbereich des Gesetzes mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf so stark ausgedehnt wurde. Nach unserem Verständnis zielte das Gesetz darauf ab, Aktivitäten mit erhöhtem Risiko- oder Gefahrenpotential wie das Unterwegssein im Hochgebirge, Canyoning, River Rafting und Bungee Jumping zu regeln. Dagegen mussten wir nun auch risikoarme Aktivitäten wie Wandern und Trekking, leichte Schneeschuhtouren, Bachbegehungen und weitere Aktivitäten, wie sie auch Erlebnis- und NaturpädagogInnen regelmässig betreiben, in der Verordnung vorfinden.

Deshalb lehnen wir den Verordnungsentwurf in der vorliegenden Version ab.

Hinweise zur Systematik

Insgesamt mangelt es sowohl dem Gesetz als auch der Verordnung und dem Kommentar an einer Systematik, die einer zuverlässigen Einschätzung der Rechtslage und damit der Rechtssicherheit dienlich wäre. So ist unklar, in welchem Verhältnis die bewilligungspflichtigen Tätigkeiten und die geografischen Orte (gebirgiges Gelände, felsiges Gelände sowie Bach- und Flussgebiete) zueinander stehen. Es stellt sich die Frage, ob



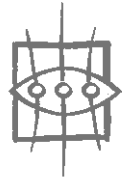
sämtliche gewerbsmässigen Tätigkeiten in jenen Gebieten bewilligungspflichtig sind oder nur, wenn sie in das Tätigkeitsfeld von BergführerInnen, SchneesportlehrerInnen, KletterlehrerInnen oder WanderleiterInnen fallen. Gerade bei letzteren ist aber keine genaue Abgrenzung zu weiteren Tätigkeiten in der Natur wie Erlebnispädagogik, Outdoor Education, Natur- und Waldpädagogik oder Umweltbildung möglich. Damit besteht für unsere pädagogischen und andragogische Handlungsfelder eine grosse Unsicherheit, ob und zu welchen Bedingungen sie bewilligungspflichtig und bewilligungsfähig sind.

Hinweise zum Geltungsbereich und zu den Begriffsdefinitionen

Wir beantragen daher, den Geltungsbereich klar einzugrenzen auf Aktivitäten mit deutlichem Risiko analog den Beispielen, die der Gesetzgeber bereits genannt hat. Darunter fallen unseres Erachtens:

- das Unterwegssein im Gebirge, wo zusätzliche Hilfsmittel wie Seile, Pickel, Steigeisen und ähnliches zur Fortbewegung notwendig sind, ausgenommen Klettergärten. Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll den Bergführern und Bergführerinnen vorbehalten sein.
- das Klettern in Mehrseillängenrouten. Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll Bergführern und Bergführerinnen und Kletterlehrern und Kletterlehrerinnen vorbehalten sein.
- das Unterwegssein im Gebirge bei schneebedecktem Gelände und einer Hangneigung über 30 Grad. Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll Bergführern und Bergführerinnen sowie Schneesportlehrerinnen und -lehrern vorbehalten sein (ab WT 4).
- Canyoning gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. d). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs sowie Bergführerinnen und Bergführern vorbehalten sein
- River-Rafting gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. e). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs vorbehalten sein;
- Wildwasserfahrten gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. f). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs vorbehalten sein;
- Bungee-Jumping gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. g). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs sowie Bergführerinnen und Bergführern vorbehalten sein.

Sämtliche übrigen Tätigkeiten wie beispielsweise Wandern, Sommer- und Wintertrekking auch in weglosem, aber nicht absturz- oder lawinengefährdeten Gelände oder Bachbegehungen ohne Hilfsmittel sowie Klettern und Abseilen bis zu einer Seillänge in Klettergärten sollen weiterhin ohne Bewilligung gewerbsmässig angeboten werden dürfen, weil:



- sie keine Risikoaktivitäten im Sinne des Gesetzes sind;
- die Natur als Bildungs-, Entwicklungs- und Erholungsort weiterhin möglichst frei zugänglich sein soll;
- die gesundheits- und entwicklungsfördernde Wirkung von Natur vermehrt anerkannt und genutzt werden soll;
- Schulen, soziale Institutionen und ähnliche Einrichtungen weiterhin mit ihren pädagogischen und therapeutischen Konzepten in der Natur arbeiten können sollen, um ihre Wirkungsziele zu erreichen;
- Ferien- und Weiterbildungsangebote in der Natur weiterhin bewilligungsfrei organisiert werden können sollen.

In diesem Sinne beantragen wir die Streichung der Tätigkeit der WanderleiterIn als bewilligungspflichtig aus der RiskV. Das Bundesgesetz über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten nennt in Art. 1 Abs. 2 die WanderleiterInnen nicht explizit als Berufsgruppe. Insofern liegt es im Ermessen der Vollzugsverordnung, ein weiteres Berufsfeld dem Gesetz zu unterstellen, wobei sich der Bundesrat an den objektiven Gefahren, die bei der Aktivität zu erwarten sind, zu orientieren hat (Art.1 Abs. 3). Wir bezweifeln, dass die Vergleichbarkeit der WanderleiterInnen zu den anderen im Gesetz explizit genannten Risikoaktivitäten gegeben ist. So nennt die Notfallstatistik des SAC für das Jahr 2010 gerade mal 2 tödliche Bergunfälle von Schneeschuhläufern von insgesamt 124 tödlichen Unfällen in der Schweiz. Angesichts der Tatsache, dass sich nur 18 Todesfälle im Rahmen von geführten Touren ereigneten, die allermeisten tödlichen Bergunfälle aber beim Bergwandern, Hoch- und Skitouren passieren, ist eine erhöhte objektive Gefahr der Aktivität Schneeschuhlaufen oder Wintertrekking nicht erkennbar. Somit ist die Bewilligungspflicht für diese Aktivitäten nicht nachvollziehbar.

Im Weiteren sind wir der Überzeugung, dass die Einschränkung von Risikoaktivitäten anhand von bestimmten Merkmalen des Geländes nicht zielführend ist.

Ein Risiko entsteht aus der Verbindung von bestimmten Aktivität und einer konkreten Exposition zu objektiven Gefahren. Diese Verbindung muss auch in der Verordnung sichtbar und nachvollziehbar sein. In der vorliegenden Form werden Aktivitäten mit Berufsbildern und groben Geländekategorien vermischt, was zu unklaren und nicht zielführenden Ergebnissen führt.

Die Definition von Bach- und Flussgebieten als gesamte Geländekammer, in der sich ein oberirdisches Fliessgewässer befindet (vgl. Art. 2 Abs. 1 Bst. c des Verordnungsentwurfs), impliziert, dass überall in jenen Gebieten ein erhöhtes Risiko durch anschwellende Wassermassen (vgl. Art. 1 Abs. 1 Bst. a des Gesetzes) besteht, was nicht zutreffend ist und zu einer unzulässigen Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes unabhängig einer konkreten Risikoexposition führt. Hier ist eine Einschränkung auf die unmittelbare Gefahrenzone im und am Wasser nötig.

Ähnliches gilt für die Definition von gebirgigem Gelände, welches gemäss Verordnungsentwurf sämtliche Gebiete ab Bergzone II umfasst. Damit fallen beispielsweise auch grosse Gebiete der voralpinen Hügellandes und der Voralpen sowie fast der gesamte Jurabogen unter diese Definition, obwohl nur an ganz wenigen Stellen dieser Gebiete Absturz- oder Abrutschgefahr oder ein erhöhtes Risiko von Steinschlag (vgl. Art. 1 Abs. 1 Bst. a des Gesetzes) bestehen dürfte. Eine derart umfassende Einschränkung der bewilligungsfrei zugänglichen Gebiete ist nicht mit dem Gesetz vereinbar und nicht verhältnismässig.



Hinweise zu den Bewilligungen (Art. 5 – 8 des Verordnungsentwurfs)

Im vorliegenden Verordnungsentwurf werden nebst dem im Gesetz genannten Tätigkeiten von BergführerInnen sowie SchneesportlehrerInnen auch die gewerbsmässige Tätigkeit als Wanderleiterin bzw. Wanderleiter sowie als Kletterlehrerin bzw. Kletterlehrer reglementiert. Dies läuft der Systematik der Gesetzgebung, wonach ausschliesslich zu regeln ist, was einer Bewilligung bedarf, zuwider bzw. weitet den Geltungsbereich des Gesetzes weit über das vom Gesetzgeber vorgesehene Mass hinaus aus (vgl. auch die Hinweise zum Geltungsbereich).

Wenn das Ziel dieser zusätzlichen Reglementierung die Gleichbehandlung von BergführerInnen und SchneesportlehrerInnen mit WanderleiterInnen und KletterlehrerInnen ist, wie das im Kommentar zum Verordnungsentwurf beschrieben ist, müssten konsequenterweise auch weitere Berufsbilder reglementiert werden, die vergleichbare Tätigkeiten ausüben, wenn auch mit anderer Zielsetzung. So setzen insbesondere Erlebnispädagogen und Erlebnispädagoginnen Klettern, Trekking, Schneeschuhtouren, Bachbegehungen und Wanderungen als pädagogische Methoden ein. Dazu weisen sie spezifische Aus- und Weiterbildungen aus, die auch Risikomanagement und Sicherheitsfragen umfassen.

Eine Ausbildung zur WanderleiterIn oder zur KletterlehrerIn wäre für unsere Angebote und Tätigkeit als ErlebnispädagogIn oder NaturpädagogIn nicht zielführend. Diese Ausbildungen sind geeignet, um Angebote mit touristischem Charakter machen zu können, bei denen das Führen des Gastes im Zentrum der Tätigkeit steht. Pädagoginnen und Pädagogen brauchen jedoch andere Fähigkeiten und Fertigkeiten. Sie müssen eine Aktivität in der Natur in Abhängigkeit von der pädagogischen Zielsetzung planen und durchführen können. Dabei sind sie auf den Zugang zu unterschiedlichen Naturräumen (wie Berge, Wälder, Bäche, Hochebenen, etc.) angewiesen. Tätigkeiten mit erhöhtem Risiko, wie sie im Gesetzestext als Bergführertätigkeit oder Risikoaktivitäten beschrieben werden (vgl. oben) sind keine typischen Tätigkeiten von Erlebnis- und Naturpädagogen. Vielmehr müssen gemässigte Touren in Wäldern, Bächen, Schnee und Bergen möglich sein, die keine technische Ausrüstung erfordern und objektiv betrachtet kein wesentlich erhöhtes Risiko aufweisen.

Sollte also an der über SchneesportlehrerIn und BergführerIn hinausgehende Reglementierung von Berufen festgehalten werden, ohne das zusätzliche bewilligungsfreie Aktivitäten (z.B. Klettern und Abseilen bis zu einer Seillänge oder Schneeschuhtouren und Wintertrekking bis WT 3) eingeführt werden, müsste zudem eine dienliche Lösung gefunden werden für alle Personen, welche im Bereich Betreuung und Bildung gewerbsmässig in der Natur arbeiten. Dies analog der im Verordnungsentwurf genannten KletterlehrerInnen, welche auch keine Berufsankennung des BBT kennen. Drudel 11 würde es in diesem Fall begrüssen, wenn der Schweizerische Fachverband Erleben und Bildung in der Natur (ERBINAT) würde bei der Definition entsprechender sicherheitstechnischen Anforderungen fachliche Unterstützung bieten könnte.

Fest steht für uns, dass die im Verordnungsentwurf genannten Ausbildungen als WanderleiterIn und als KletterlehrerIn für die Tätigkeit als Erlebnis- oder NaturpädagogIn weder hinreichend noch besonders nützlich sind.

Schlussbemerkung

Schliesslich wollen wir unserem Unbehagen darüber Ausdruck verleihen, dass sowohl das Gesetz als auch der Verordnungsentwurf nach unserer Einschätzung vorwiegend der Standespolitik, nämlich dem Schutz von BergführerInnen, SchneesportlehrerInnen und von



deren Verbänden angebotenen Ausbildungen dient. Würde die in den Kommentaren zu Gesetz und Verordnung erwähnte Sicherheit der Nutzerinnen und Nutzer solcher Angebote im Vordergrund stehen, müssten die nicht gewerbsmässigen Angebote wie beispielsweise diejenigen von Jugend und Sport oder SAC wohl auch in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen. Allerdings sind wir uns bewusst, dass dieser Grundsatz bereits im Gesetz statuiert ist und demnach nicht mehr angetastet werden kann.

DRUDEL 11

Tobias Kamer
Präsident